



**Pet 4-19-11-81503-030248**

64295 Darmstadt

Arbeitslosengeld II

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 10.12.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,  
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Mit der Petition wird gefordert, dass Unterhaltsvorschuss nicht oder nur teilweise auf die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch angerechnet wird.

Zur Begründung wird im Wesentlichen ausgeführt, der Unterhaltsvorschuss diene den Bedürfnissen des Kindes und dürfe daher nicht als Einkommen angerechnet werden. Zum Beispiel würden ab dem 12. Lebensjahr ca. 90 Euro mehr Unterhaltsvorschuss gezahlt und komplett auf die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) angerechnet, so dass das Kind nichts von dieser Mehrleistung habe. Dabei habe es denselben Bedarf wie ein Kind, dessen alleinerziehender Elternteil nicht auf Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II angewiesen sei.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 203 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 12 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:



Der Petitionsausschuss weist zunächst darauf hin, dass es sich bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende um eine nachrangige staatliche Fürsorgeleistung zur Sicherung des Existenzminimums handelt, die nur soweit beansprucht werden kann, als tatsächlich Hilfebedürftigkeit vorliegt (§ 7 Absatz 1 Nr. 3 SGB II). Hilfebedürftig ist laut § 9 Absatz 1 SGB II, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.

Als Einkommen im Sinne des § 11 Absatz 1 Satz 1 SGB II werden grundsätzlich alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme einiger Sozialleistungen berücksichtigt. Nicht als Einnahmen zu berücksichtigen sind gemäß § 11a SGB II Hilfeleistungen, soweit sie einem anderen Zweck als die Leistungen nach dem SGB II, etwa einem Schadensausgleich, dienen, wobei sich die Zweckbestimmung regelmäßig aus dem der Leistung zugrundeliegenden Gesetz ergibt.

Der Unterhaltsvorschuss ist diesen Ausnahmen bei der Einkommensanrechnung nicht zuzuordnen. Denn der Zweck des Unterhaltsvorschusses besteht darin, den Unterhalt des betroffenen Kindes zu sichern. Diesen Zweck erfüllen auch die kindbezogenen Leistungen (entsprechend der Regelbedarfsstufe) nach dem SGB II.

Der Petitionsausschuss stellt fest, dass die Nichtberücksichtigung entsprechender Einkünfte mit dem System einer staatlichen Fürsorgeleistung zur Sicherung des gegenwärtigen Lebensunterhaltes nicht vereinbar wäre.

Deshalb vermag er sich nicht für eine Gesetzesänderung im Sinne der Petition auszusprechen.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.